

Beweisantrag

Zu beweisende Tatsache:

Die an der Regierung in Gießen als größte Fraktion beteiligte CDU kümmerte sich erstmals nach Aussaat und Feldbefreiung um den Genversuch im Stadtgebiet, stimmte dann in Gentechnikfragen uneinheitlich ab und vertrat nach Außen, z.B. gegenüber Medien, andere Auffassungen als sie im Abstimmungsverhalten im Parlament.

Beweismittel:

- Vernehmung des damaligen und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der CDU im Gießener Stadtparlament, Klaus Peter Möller, zur Frage der Umsetzung einer Stadtpolitik für eine gentechnikfreie Stadt
- Vernehmung des damaligen Oberbürgermeisters von Gießen, Heinz Peter Haumann (CDU)
- Verlesung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 16.11.2006 zur Gentechnik auf Stadtgebiet nebst Auszügen aus dem dazugehörigen Protokoll der Stadtverordnetenversammlung zum Abstimmungsverhalten der CDU

Bedeutung für den Prozess

Die Beweiserhebung ist erheblich, weil es für die Frage anderer Handlungsmöglichkeiten von Bedeutung ist, ob Verwaltung und Politik als mögliche AkteurInnen überhaupt in Frage kamen.

Gießen, den